

## Auszug aus der Niederschrift

**Körperschaft:** Kreis Borken

**Gremium:** Kreistag

In der Sitzung am 19.05.2011, zu der die Mitglieder vorschriftsmäßig eingeladen und in beschlussfähiger Zahl erschienen waren, wurde Folgendes beraten und beschlossen:

**Punkt 15: Urananreicherungsanlage Urenco in Gronau**

- **Antrag der SPD-Fraktion vom 25.04.2011**  
**Vorlage: 0111/2011**
  - **Stellungnahme der Verwaltung**  
**Vorlage: 0115/2011**
  - **Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 16.05.2011**  
**Vorlage: 0123/2011**
  - **Antrag der UWG-Fraktion vom 18.05.2011**  
**Vorlage: 0126/2011**
- 

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick  
Heiko Nordholt  
Fraktionsvorsitzende Markus Schulte/ Bernd Schöning  
Fraktionsvorsitzender Jörg von Borczyskowski

Landrat Dr. Kai Zwicker informiert, der Kreisausschuss habe diesen Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weitergegeben.

Kreistagsabgeordneter Nordholt verdeutlicht, die SPD-Fraktion halte ihr Anliegen für so wichtig, dass sie für eine möglichst breite Unterstützung gegebenenfalls auch bereit sei, die Formulierung im Beschlussvorschlag ihres Antrages, **Vorlage Nr. 0111/2011**, abzuschwächen. Das Wort „aufgefordert“ in den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages ersetze er daher hiermit jeweils durch das Wort „gebeten“. Die SPD-Fraktion unterstütze die beiden weiteren Anträge.

Kreistagsabgeordneter Schulte, M., berichtet, über den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP habe es bereits im Gronauer Stadtrat Konsens gegeben. Die Anträge der SPD und UWG-Fraktion befürworte seine Fraktion nicht. Mögliche Maßnahmen, die die Firma Urenco schon vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Sicherheitsüberprüfung zum wirksamen Schutz u.a. gegen Flugzeugabstürze unternahme, seien danach vielleicht schon überholt. Das Anliegen der UWG-Fraktion sei insofern eine Selbstverständlichkeit, als die Verwaltung die Sonderschutzpläne nach Vorliegen des Sicherheitsberichtes gegebenenfalls natürlich unverzüglich anpassen müsse.

Landrat Dr. Kai Zwicker erläutert, mit Blick auf den Antrag der UWG-Fraktion schlage er eine Erweiterung des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU und FDP, **Vorlage Nr. 0123/2011** um folgenden Passus vor: „Die Verwaltung wird nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfungen den Sonderschutzplan UAG und den Einsatzplan BZA erforderlichenfalls umgehend anpassen.“ Nach seiner Auffassung habe sich der UWG-Antrag damit erledigt, zumal die Sonderschutzpläne auch mögliche Flugzeugabstürze berücksichtigen würden. Eine Neubewertung obliege der Atomaufsicht.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski teilt mit, nach Auffassung seiner Fraktion sei das Szenario eines Flugzeugabsturzes unter den Eindrücken der Katastrophe in Japan sowohl im Sonderschutzplan UAG als auch im Einsatzplan BZA schon jetzt neu zu bewerten. Dies gelte unabhängig vom Ergebnis des Sicherheitsberichtes, das außerdem erst frühestens in einem Jahr vorliegen werde. Im Übrigen würden die Pläne einem stetigen Prozess unterliegen und

könnten aufgrund des Sicherheitsberichtes gegebenenfalls erneut angepasst werden. Den Antrag seiner Fraktion halte er deshalb aufrecht. Gleichzeitig ändere er den Beschlussvorschlag zur **Vorlage Nr. 0126/2011** zur Klarstellung wie folgt ab: „Die Verwaltung wird beauftragt, den Sonderschutzplan UAG und den Einsatzplan BZA vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse *bezüglich des Ereignisses* Flugzeugabsturz zu aktualisieren und zu überarbeiten.“ Darüber hinaus unterstütze seine Fraktion die beiden weiteren Anträge.

Kreistagsabgeordnete Welper erklärt, ihre Fraktion werde allen drei Anträgen zustimmen. Sowohl die CDU-Fraktion als auch die FDP-Fraktion und die Verwaltung hätten sich in der Vergangenheit nie zur Sicherheit von UAG und BZA positioniert, auch nicht nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001. Sie beantrage Einsicht in die Stellungnahmen der Kreisverwaltung Borken zu den Genehmigungsverfahren beider Anlagen.

Kreistagsabgeordneter Nordholt hat kein Verständnis dafür, dass die Mitglieder der CDU und FDP-Fraktion dem Antrag seiner Fraktion nicht zustimmen wollen. Er frage sich, warum der Kreistag die Firma Urenco, die in Vorträgen immer wieder selbst auf ihre moralische und ethische Verantwortung hinweise, nicht bitten sollte, ihre Anlage auf freiwilliger Basis sicherer zu machen als es rechtlich vorgeschrieben sei. Im Übrigen habe auch der Borkener Kreistag eine eigene Verantwortung.

Kreistagsabgeordneter Schöning gibt an, der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion sei identisch mit dem Antrag der SPD-Fraktion im Stadtrat Gronau, der dort im Rat am 13.04.2011 beraten worden sei. *[Kreistagsabgeordneter Nordholt verlässt daraufhin für drei Minuten den Sitzungssaal.]* Inhaltlich kritisiere er, dass vor einem Tätigwerden der Firma Urenco zunächst der Gesetzgeber definieren müsse, was ein *wirksamer* Schutz beinhalte, damit getroffene Maßnahmen dann auch tatsächlich den Vorschriften entsprechen. Die Forderung, das Restrisiko zu versichern, sei praktisch unmöglich. Denn weltweit würde kein Versicherungskonzern einen Schutz anbieten, der über den im Atomgesetz verpflichtend vorgeschriebenen hinausgehe. Das Restrisiko, soweit es über die Versicherungssumme hinausgehe, trage der Staat und damit der Steuerzahler.

Kreistagsabgeordneter Mazur erklärt, dass er allen drei Anträgen zustimmen werde.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Buskase teilt Landrat Dr. Kai Zwicker mit, der Sonderschutzplan UAG und der Einsatzplan BZA seien zuletzt im vergangenen Jahr angepasst worden. Generell würden beide Pläne bei Bekanntwerden von Änderungen ständig aktualisiert. Die genauen Daten würden der Niederschrift beigelegt:

*Der Einsatzplan BZA ist am 01.01.2005 aufgestellt und mit Datum vom 12.04.2010 fortgeschrieben worden. Der Sonderschutzplan Urenco ist am 01.04.2004 aufgestellt und am 20.08.2009 fortgeschrieben worden. Zur Fortschreibung hat es eine Ergänzung mit Datum vom 01.06.2010 gegeben.*

Nach weiterer Diskussion, an der sich die Kreistagsabgeordneten Eisele, Saatkamp, Schulte, U., Steiner und Spahn beteiligen, stellt Landrat Dr. Kai Zwicker die drei je mündlich geänderten Anträge zur Abstimmung.

### **Beschluss über den geänderten SPD-Antrag (Vorlage Nr. 0111/2011):**

24 Ja-Stimmen

36 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Beschluss über den geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Vorlage Nr. 0123/2011):**

einstimmig

Der Kreistag des Kreises Borken bittet die Kreisverwaltung beim zuständigen Ministerium der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine Stellungnahme zu folgenden Punkten anzufordern:

- 1.) Ist der genehmigte Ausbau des Freilagers der Urananreicherungsanlage Gronau im Hinblick auf Flugzeugabstürze und anderer Großschadensereignisse unbedenklich?
- 2.) Sollte dies nicht der Fall sein, warum wurde der gegenwärtige Ausbau genehmigt?
- 3.) Welche Nachbesserungsmaßnahmen müssen nach Auffassung der Landesregierung ergriffen werden, um eventuell bestehende Sicherheitsmängel zu beseitigen?
- 4.) Ist die Schadensersatzpflicht des Unternehmens bei Verwirklichung des so genannten Restrisikos versicherungsvertraglich hinreichend abgesichert?
- 5.) Wenn nicht, welche Möglichkeiten bestehen, Defizite in Haftungsgrund und –umfang zu beseitigen?

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfungen den Sonderenschutzplan UAG und den Einsatzplan BZA erforderlichenfalls umgehend anpassen.

**Beschluss über den geänderten UWG-Antrag (Vorlage Nr. 0126/2011):**

24 Ja-Stimmen

36 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Für die Richtigkeit:

Borken, 08.06.2011

Im Auftrag

Ramona Wameling

**Verteiler:**

an Facheinheit: 32

mit der Bitte um Kenntnisnahme und um weitere Veranlassung.